

BÜRGERINITIATIVE STILLE SCHIENE: Kritik an fehlender Vorratsplanung aufgrund langer Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Bau von Lärmschutzwänden

„Schildbürgerstreich“: Bahn lässt Bundesmittel für Lärmschutz verfallen

Es bahne sich sprichwörtlich ein weiterer Schildbürgerstreich zum Thema "Der besondere Umgang der Deutschen Bahn mit Steuermitteln" an, befürchtet die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim. "Während wir in Hockenheim und viele weitere Bahnlärm-Geplagte in der ganzen Republik um für die Reduzierung von Bahnlärm dringend notwendige Investitionen in die Bahninfrastruktur streiten, war jetzt zu erfahren, dass die Deutsche Bahn wegen fehlender Vorratsplanung einen erheblichen Teil der aufgestockten Bundesmittel für den Lärmschutz an Schienenwegen nicht verbauen kann", schreibt der stellvertretende Vorsitzende Konrad Sommer in einer Pressemitteilung.

Grund dafür seien die langen Planungs- und Genehmigungsverfahren besonders beim Bau von Lärmschutzwänden. Auch 2015 werde die Bahn deshalb voraussichtlich einen Teil der Bundesmittel verfallen lassen müssen. Schon heute seien laut Umweltbundesamt 34 Prozent der Bundesbürger von Schienenlärm betroffen. Gleichzeitig solle der Güterverkehr auf der Schiene bis 2030 weiter stark wachsen.

Die Bundesregierung hat deshalb die jährlichen Mittel für Lärmschutzwände und schalldichte Fenster von bisher 100 auf 130 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Die Deutsche Bahn verwaltet das bundeseigene Schienennetz und bekommt zum Erhalt der Infrastruktur vom Bund jedes Jahr Milliardenbeträge. Die Mittel aus dem Bundeshaushalt verfallen, wenn sie innerhalb des Kalenderjahres nicht verbaut werden.

Da die Deutsche Bahn nicht zu einer rechtzeitigen Planung der Baumaßnahmen in der Lage ist, werde die besagte Erhöhung der Mittel durch den Bund in diesem und im nächsten Jahr verpuffen.

"Groteske Situation" beklagt

"Im Hinblick auf eine Bereitstellung der vertraglich zugesagten Lärmschutzinfrastruktur für Hockenheim hatte die Bahn bisher über 30 Jahre Zeit, dieses entsprechend zu planen. Vor diesem Hintergrund erscheint es gelinde gesagt grotesk, wenn nun knapp 30 Millionen Euro an Bundesmitteln verfallen und sich gleichzeitig in Hockenheim immer noch nichts bewegt!" merkt der Vorstand der Bürgerinitiative BISS-Hockenheim ironisch an. 2013 hatte die Deutsche Bahn für knapp 100 Millionen Euro Bundesmittel rund 2500 Wohnungen mit besserem Schallschutz ausgestattet und 62 Kilometer Lärmschutzwände errichtet.

In Ermangelung einer vorausschauenden Vorratsplanung und einer langfristigen Lärmschutzpolitik hat die Bahn bis September dieses Jahres erst 68 Millionen Euro für den Lärmschutz eingesetzt. Aus dem Konzern heißt es, man sei schon froh, wenn man wie in den letzten Jahren 100 Millionen Euro verbauen könne. *kso*

© Hockheimer Tageszeitung, Dienstag, 11.11.2014